

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 14

Rubrik: Alltag drüben

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

liche politische Schlacht entbrannt. Walesa hat nämlich von sich aus einige Mitglieder ausgewechselt, die nach seiner Ansicht nicht mehr zu den Reformern gehören.

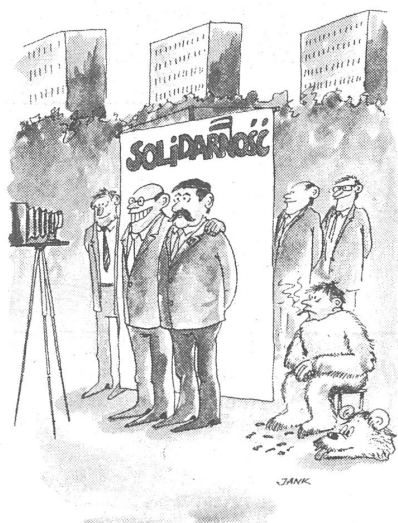
Zu diesem Schritt war Walesa statuten-gemäss berechtigt, weil das Komitee als sein persönlicher Beratungstab deklariert ist und weil es in seinem Ermessen liegt, von wem er sich beraten lassen will.

Indessen war das Komitee auch als Solidarnosc-Gremium empfunden worden, und so war es nicht verwunderlich, dass es innerhalb der Solidarnosc auch zu einem Aufruhr kam. Man hielt Walesa seine Eigenmächtigkeit vor und sagte, er benehme sich wie ein Diktator. 63 prominente Personen forderten Walesa in einem Brief zur Auflösung des Komitees auf.

Kritik und Klatsch

Die Begebenheit ist Beispiel sowohl für persönliche Animositäten als auch für die politischen Richtungskämpfe innerhalb der Solidarnosc. Gleichzeitig aber illustriert sie auch die Polemik, in die Walesa als Politiker und erst recht als inoffizieller Präsidentschaftskandidat geraten ist. Man sieht seine diesbezügliche Ambition als Anmassung und seine häufige Kritik an der (Solidarnosc-)Regierung einerseits als Dolchstoss in den Rücken seiner eigenen Leute und andererseits als Einmischung in Dinge, von denen er nichts verstehe.

Am 10. Juni wurde jedenfalls die Gegenoffensive lanciert. Der katholische Politiker Jerzy Turowicz, der Senator Andrzej Wielowieski und andere prominente Persönlichkeiten gründeten ein Bürgerkomitee mit dem Zweck, die Regierung Mazowiecki gegen «Destabilisierungsversuche» (gemeint: von Walesa) zu schützen.



«Szpilki», Warschau, Nr. 24/1990

Über die Regierungspolitik lässt sich ebenso diskutieren wie über die Vorstellungen ihrer Kritiker, und eine Sachdebatte darüber ist legitim und könnte nützlich sein. Indessen ist doch festzuhalten, dass die wichtigsten Argumente gegen Lech Walesa nicht im Rahmen politischer Probleme präsentiert werden, sondern als schiere Beanstandung seiner persönlichen Eigenschaften.

– Walesa, vom Arbeiter zum Volkshelden aufgestiegen, sei durch den ständigen Beifall im In- und Ausland charakterlich verdorben worden.

– Walesa sei grössenwahnsinnig, selbstherrlich und nicht mehr ansprechbar. Ihm fehle der Respekt vor seinen Mitarbeitern, und das verunmögliche jedes echte Teamwork.

– Walesa bringe an politischen Vorstellungen persönlich nichts ein ausser seiner Eitelkeit.

– Walesa wirke mit seinem volkstümlichen Reden und Benehmen peinlich auf politische Partner, was ihn für eine repräsentative Funktion denkbar ungeeignet mache.

Viele Vorhaltungen in dieser Preislage gehören zur Kategorie vom Klatsch, bei dem «irgend etwas daran» ist. Aber wenn man weiss, dass niemand vollkommen ist, lässt sich alles redimensionieren, ohne dass man im Gegenzug ein apologetisches Plädoyer über Walesas vortreffliche Charaktereigenschaften tun braucht. Der Aufstieg hat schon viele Leute ein bisschen verändert, ohne dass sie deswegen amtsuntauglich geworden wären, und der Schuster, der bei seinen Leisten geblieben ist, hat es alleweil leichter, von seinem Bekanntenkreis als sympathisch eingestuft zu werden.

Etwas freilich wäre ganz falsch, nämlich den vielkritisierten Walesa als «typischen Volkstribun» zu sehen, bei dem der Massenappeal den politischen Verstand ersetze. Er hat im Gegenteil ausgesprochen gute analytische Fähigkeiten, und wenn er komplizierte Sachverhalte in eigenen Worten einfach darzustellen weiss, tritt er eben dadurch den Beweis an, dass er sie richtig verstanden hat, und das kann gegebenenfalls fachsprachlich geschulte Leute irritieren, die den gleichen Beweis weniger gut anzutreten vermögen.

Gewiss ist Lech Walesa kein Vaclav Havel, aber dergleichen verlangt man weder von Mitterrand noch von Elisabeth II. Lech Walesa aber ist, wenn man vom päpstlichen Sonderfall absieht, immerhin der Mann, der die Polen in den letzten zehn Jahren am meisten verkörpert hat, daheim und draussen. Warum eigentlich sollte er das nicht auch in einer entsprechenden Funktion tun dürfen? Ins zweite Jahrtausend geführt wurde Polen von einem Mann namens Piast, der als Schreiner begonnen hatte und an die Spitze des Staates aufgestiegen war. Schafft nun ein Elektriker den Übergang ins dritte Jahrtausend?

ALLTAG DRÜBEN

DDR

«Fünf vor zwölf» für 200 Altstadtkerne

Für rund 200 kulturell bedeutsame Altstädte in der DDR steht die Uhr sozusagen auf fünf vor zwölf.

Die Ost-«Berliner Zeitung» bezeichnete den Zustand solcher Städte wie Meissen, Brandenburg, Stralsund und Weimar als typisch. Überaus grosse Anstrengungen und eine neue Politik seien notwendig, um den Verfall der Innenstädte zu stoppen und diese Gebiete grundlegend zu sanieren. Zwar gebe es seit Anfang der achtziger Jahre verstärkte Bemühungen um eine städtebauliche Aufwertung der Stadtzentren. Doch seien in der Mehrheit der Städte Verbesserungen der funktionellen und gestalterischen Qualität auf einzelne Gebäude sowie sehr begrenzte Teilbereiche der Zentren beschränkt geblieben. Nur in einigen Städten wie Ost-Berlin, Rostock, Gera, Sondershausen und Sömmerda sei vorrangig durch Neubau, in anderen überwiegend durch Modernisierung und Erhaltung eine entscheidende Verbesserung des Bauzustandes und der Ausstattung in grösseren Bereichen des Stadtzentrums erreicht worden.

Analysen zufolge können zahlreiche, seit langem vorhandene und weitverbreitete Bedürfnisse der Einwohner zu Beginn der neunziger Jahre nicht befriedigt werden. So sind noch 1,47 Millionen Wohnungen (21 Prozent) nicht mit Innentoilette und 0,97 Millionen (14 Prozent) nicht mit Bad oder Dusche ausgestattet.

Das strukturell relativ gutausgebaute Wasserleitungsnetz der DDR verliert infolge Überalterung ständig 30 Prozent des Wassers. Zwölf Prozent des Abwassernetzes sind abgeschriebe, von 7565 Gemeinden besitzen nur 1065 Kläranlagen. 45 Prozent der Abwässer der Kommunen werden ungeklärt in die Flüsse geleitet. Bernd Hunger vom Arbeitskreis zur Rettung der Altstädte räumte der Altstadtsanierung in der DDR «durchaus Erfolgschancen» ein. Bei aller Dimension des Verfalls sei die Altstadtrekonstruktion zweifellos die kulturell anspruchsvollste, quantitativ jedoch eine ziemlich begrenzte Bauaufgabe, die mittelfristig (in etwa zehn Jahren) zu bewältigen sei.